

Übersicht Freihandelsabkommen – aktuelle Entwicklungen

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und dem zunehmenden Protektionismus sind vertraglich abgesicherte, internationale Rahmenbedingungen, die einen möglichst ungehinderten Marktzugang gewähren, von grösster Bedeutung. Angesichts der stagnierenden WTO-Verhandlungen und der weltweiten Zunahme von Präferenzabkommen muss die Schweiz mit grösster Priorität umfassende Freihandelsabkommen mit den wichtigsten aussereuropäischen Handelspartnern abschliessen.

Jüngst konnten die Verhandlungen mit Kanada, dem Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten (GCC), Japan, Peru und Kolumbien abgeschlossen werden. Nun gilt es, das Ratifikationsverfahren im Parlament möglichst rasch und gegen den Widerstand grüner und linker Kreise abzuschliessen.

Verhandlungen laufen bereits mit Indien, weitere sollen im Sommer 2009 mit Russland und der Ukraine aufgenommen werden. economiessuisse ist daran, die diesbezüglichen Anliegen der Wirtschaft abzuklären. In den exploratorischen Gesprächen mit China konnten grosse Fortschritte erzielt werden. Im Anschluss an einen Workshop mit Vertretern des Privatsektors Ende April 2009 in Peking wurde mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie begonnen.

Ein Loch im FHA-Netz der Schweiz bilden die USA. Vor der Forderung nach einem Relaunch der Gespräche müssen innerhalb der Wirtschaft die Begehren genau abgeklärt und insbesondere auch die KMU sensibilisiert und mobilisiert werden. Darüber hinaus müssen Reformen im Agrarbereich konsequent fortgesetzt werden. Die defensive Landwirtschaftspolitik verschlechtert die Verhandlungsposition der Schweiz auf multilateraler und bilateraler Ebene.

Beilage: Übersicht über die Freihandelsabkommen der Schweiz

Auskunft: Dr. Jan Atteslander / Peter Flückiger
28. Mai 2009

Freihandelsabkommen der Schweiz¹

Europa	Stand / Bemerkungen
EFTA-Konvention	In Kraft seit 03.05.1960
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	In Kraft seit 01.01.1973; bilateral Schweiz-EWG
Färöer-Inseln	In Kraft seit 01.03.1995; bilateral Schweiz-Färöer
Mazedonien	In Kraft seit 01.05.2002
Kroatien	In Kraft seit 01.09.2002
Albanien	<i>Verhandlungen in Vorbereitung</i>
Serbien	<i>Verhandlungen in Vorbereitung</i>
Ukraine	<i>Verhandlungen in Vorbereitung</i>
Russland	<i>Verhandlungen in Vorbereitung</i>
Mittelmeerraum	
Türkei	In Kraft seit 01.04.1992
Israel	In Kraft seit 01.07.1993
Palästinensische Behörde	In Kraft seit 01.07.1999
Marokko	In Kraft seit 01.12.1999
Jordanien	In Kraft seit 01.09.2002
Tunesien	Angewendet seit 01.06.05 ; in Kraft seit 01.06.06
Libanon	In Kraft seit 01.01.2007
Ägypten	Angewendet seit 01.08.07; in Kraft seit 01.09.08
Algerien	<i>In Verhandlung</i>
Weltweit	
Mexiko	In Kraft seit 01.07.2001
Singapur	In Kraft seit 01.01.2003
Chile	In Kraft seit 01.12.2004
Republik Korea	In Kraft seit 01.09.2006
SACU ²	In Kraft seit 01.05.2008
Kanada	<i>Unterzeichnet am 26. Januar 2008. Inkrafttreten erwartet im Laufe des Jahres 2009</i>
Thailand	<i>In Verhandlung</i>
Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten ³	<i>Paraphiert am 24.4.2008. Unterzeichnung vorgesehen im Laufe des Jahres 2009</i>
Japan	<i>Unterzeichnet am 19. Februar 2009. Inkrafttreten erwartet im Laufe des Jahres 2009. Bilateral Schweiz-Japan</i>
Kolumbien	<i>Unterzeichnet am 25. November 2008. Inkrafttreten erwartet anfangs 2010</i>
Peru	<i>Paraphiert am 31.10.2008. Unterzeichnung vorgesehen im Laufe des Jahres 2009</i>
Indonesien	<i>Verhandlungen in Vorbereitung</i>
Indien	<i>In Verhandlung</i>
China	<i>Gemeinsame Machbarkeitsstudie in Vorbereitung, bilateral Schweiz-China</i>
USA	<i>Bilaterales Zusammenarbeitsforum CH-USA für Handel und Investitionen</i>

EFTA-Zusammenarbeitserklärungen bestehen ausserdem mit: MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) und der Mongolei.

¹ Wo nicht anders vermerkt handelt es sich um Abkommen im Rahmen der EFTA

² Southern African Customs Union: Südafrika, Botswana, Lesotho, Namibia und Swaziland

³ Bahrein, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate

1 Ausgangslage: Blockierte WTO erhöht Bedeutung der FHA

Vom Wirtschaftsabschwung und der Rezession in wichtigen Absatzmärkten ist die Schweizer Exportwirtschaft direkt betroffen. Die Exporte entwickeln sich bereits im sechsten Monat in Folge negativ. Erschwerend hinzu kommt, dass verschiedene Länder versuchen, ihre Märkte abzuschotten. Solch protektionistischen Massnahmen – sie reichen von Zollerhöhungen, über „buy local“-Klauseln, Investitionsrestriktionen bis hin zu Exportsubventionen – führen zu Wettbewerbsverzerrungen und erschweren den Firmen den Zugang zu Absatzmärkten.

Vor diesem Hintergrund sind stabile, vertraglich abgesicherte, internationale Regeln, die einen möglichst ungehinderten Marktzugang gewähren, von grösster Bedeutung. Am besten könnte dies im multilateralen Rahmen der WTO gewährleistet werden. Die Doha-Verhandlungen machen jedoch nur geringe Fortschritte. Die grundlegenden Probleme haben sich seit dem gescheiterten Ministertreffen im Juli 2008 nicht wesentlich verändert: Bei den Industriegütern besteht Uneinigkeit in der Frage der Sektorabkommen, im Landwirtschaftsbereich über die Ausgestaltung der Sonderschutzklausel für Entwicklungsländer und bei den so genannt sensiblen Produkten. Obwohl auf technischer Ebene die Verhandlungen in Genf fortgesetzt werden und WTO-Generaldirektor Lamy auf ein Ministertreffen im Sommer 2009 drängt, ist in den nächsten Monaten nicht mit wesentlichen Fortschritten zu rechnen.

Unter anderem aus diesem Grund hat die Zahl bilateraler Freihandelsabkommen (FHA) in den letzten Jahren stark zugenommen. Ende 2008 waren weltweit 418 Präferenzabkommen bei der WTO notifiziert. Neben den klaren Vorteilen der Geschwindigkeit und Flexibilität, kann ein zunehmend dichtes Netz unterschiedlicher bilateraler Abkommen mit verschiedenen Zollansätzen und Ursprungsregeln aber auch Transaktionskosten (so genannter „Spaghetti-Bowl“-Effekt) für die Wirtschaft verursachen.

2 Forderung nach FHA mit aussereuropäischen Partnern

Der Abschluss von Freihandelsabkommen kann zu Diskriminierungen und Wettbewerbsnachteilen führen und verursacht dadurch einen Domino-Effekt. Die Schweiz darf hier nicht ins Hintertreffen geraten. Parallel zu Bestrebungen auf multilateraler Ebene muss deshalb das Netz der mittlerweile 18 Freihandelsabkommen (vgl. Übersicht in der Beilage) ausgedehnt werden. Mit den wichtigsten aussereuropäischen Handelspartnern sind möglichst rasch FHA abzuschliessen. Nur so können Diskriminierungen vermieden werden. Der Vorstand von *economiesuisse* hat diese Forderung im Rahmen der Klausursitzung vom 30. März 2009 klar bekräftigt. Bei neuen Verhandlungen sind folgende Kriterien zu beachten:

- **Verhandlungspartner:** Bei der Auswahl der Verhandlungspartner müssen die aktuelle und potenzielle wirtschaftliche Bedeutung sowie das Ausmass der bestehenden und potenziellen Diskriminierung im Vordergrund stehen. Politische Überlegungen sind zweitrangig.
- **Deckungsbereich:** Es sind möglichst umfassende Abkommen anzustreben, die neben einer Liberalisierung für den Waren- und Dienstleistungshandel auch das öffentliche Beschaffungswesen, Wettbewerbsfragen, geistiges Eigentum, Handelserleichterungen und Investitionen regeln. Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards gehören – entgegen der zunehmenden Forderung von NGOs - nicht in ein Freihandelsabkommen. Diese Themen sollten in den dafür geschaffenen internationalen Organisationen wie der ILO oder der UNO behandelt werden. Normalerweise wird in der Präambel eines FHA explizit auf diese Gremien verwiesen.
- **Rolle der EFTA:** Bis auf wenige Ausnahmen (EG, Färöer, Japan, voraussichtlich auch China) verhandelt die Schweiz Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA. Dies hat den Vorteil, dass vier Länder für Partner attraktiver sind und dass die Schweiz auf das Know-how und die Ressourcen des EFTA-Sekretariats zurückgreifen kann. Umgekehrt bestehen zwischen den EFTA-Staaten auf Grund ihrer Wirtschaftsstruktur auch unterschiedliche Prioritäten: Die Schweiz hat ein grösseres Interesse am Dienstleistungshandel, Direktinvestitionen und dem Schutz Geistigen Eigentums als Norwegen und Island, wo Fisch im Vordergrund steht. Hier sollte pragmatisch vorgegangen und notfalls oder auf Wunsch der Verhandlungspartner auch im Alleingang verhandelt werden.

3 Aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten von economiesuisse

Gemäss Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrates sind Freihandelsabkommen ein zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Die Schweiz setzt die Strategie konsequent um und hat in den letzten Jahren mehrere Verhandlungen aufgenommen und teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen. economiesuisse hat im Jahr 2006 basierend auf den unter Kapitel 2 genannten Kriterien die geographischen Prioritäten festgelegt und dem SECO übermittelt. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brasilien, China, GCC, Indien, Japan, Kanada, Russland, Thailand und USA. Nachfolgend ein Überblick über die jüngsten Entwicklungen mit diesen Partnern und die geplanten Aktivitäten von economiesuisse.

3.1 Erfolgreicher Abschluss von Verhandlungen

- **Kanada:** Das Abkommen wurde im Januar 2008 unterzeichnet und dürfte im Laufe des Jahres 2009 in Kraft treten.
- **GCC Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten:** Das Abkommen wurde im April 2008 paraphiert. Noch ausstehend ist die Bereinigung gewisser Detailfragen im Bereich öffentliches Beschaffungswesen, bevor das Abkommen voraussichtlich im Laufe dieses Jahres unterzeichnet werden kann.
- **Japan:** Als erster europäischer Staat konnte die Schweiz am 19. Februar 2009 ein bilaterales Freihandels- und wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (FHWPA) mit Japan unterzeichnen. Nach dem FHA Schweiz-EU aus dem Jahre 1972 ist dies das wirtschaftlich bedeutendste Abkommen der Schweiz. Das Inkrafttreten ist im Herbst 2009 vorgesehen. Vom 5. – 11. Oktober 2009 wird Bundesrätin Leuthard deshalb in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation Japan besuchen.

Ausserdem konnten die Verhandlungen mit Peru und Kolumbien abgeschlossen werden. Ziel bei allen Abkommen ist es, das Ratifikationsverfahren in der Schweiz möglichst rasch abzuschliessen. Die entsprechenden Botschaften wurden oder werden dem Parlament überwiesen, damit die Abkommen bereits in der zweiten Hälfte 2009 zur Anwendung kommen können. Im Parlament treffen gewissen Abkommen (bspw. Kolumbien) auf Widerstand von links-grüner Seite. Diese Kreise fordern, Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards in den Abkommen zu berücksichtigen. Die SVP übt teilweise Stimmenthaltung. economiesuisse hat sich im Vorfeld der parlamentarischen Debatten engagiert.

3.2 Laufende Verhandlungen:

- **Indien:** Bisher haben drei Verhandlungsrunden stattgefunden. Im Bereich des Warenverkehrs sind die Interessen bei den Agrargütern weitgehend komplementär. Wie erwartet hat Indien aber Sensibilitäten bei gewissen Industriegütern, welche für die Schweiz wichtig sind. Schliesslich hat Indien eine andere Philosophie bei Ursprungsregeln, die für die Schweiz nicht praktikabel ist – diesbezüglich hat Indien aber Verständnis und Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Bei den Dienstleistungen sind die gegenseitigen Begehren ausgetauscht worden. Die Verhandlungen zum geistigen Eigentum werden EFTA-seitig ohne Norwegen geführt. Norwegen ist der Ansicht, dass Indien in diesem Bereich nicht unter Druck gesetzt werden dürfe. Für die Schweiz, Island und Liechtenstein ist diese Position nicht nachvollziehbar, weshalb Indien auf gleicher Augenhöhe behandelt wird. Indien hat einen sehr ambitionierten Zeitplan und möchte die Verhandlungen noch dieses Jahr zum Abschluss bringen. Es ist fraglich, ob dies machbar ist. Eine nächste Verhandlungsrunde soll nach den Wahlen in Indien aber noch vor der Sommerpause stattfinden. economiesuisse steht im Kontakt mit der Schweizer Verhandlungsdelegation.
- **Thailand:** Die Verhandlungen sind wegen der innenpolitischen Situation in Thailand nach wie vor blockiert.

Daneben laufen Verhandlungen mit Algerien, die sich eher schwierig gestalten.

3.3 Verhandlungen in Vorbereitung

- **Russland:** Im November 2008 wurde der Bericht einer gemeinsamen Studiengruppe zur Prüfung der Möglichkeiten für die Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen finalisiert. Der Bericht kommt zum Schluss, dass mit einem umfassenden FHA zwischen der EFTA und Russland die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wesentlich gefördert werden können und empfiehlt die Aufnahme entsprechender Verhandlungen. Es sind exploratorische Gespräche vorgesehen im Hinblick auf die Verhandlungseröffnung anlässlich der EFTA-Ministerkonferenz diesen Sommer. *economiesuisse* hat bei den Mitgliedern die Anliegen abgeklärt und hat am 22. Mai 2009 ein Treffen zwischen der Wirtschaft und der schweizerischen Verhandlungsdelegation organisiert.
- **China:** In den exploratorischen Gesprächen mit China konnten in den letzten Monaten grosse Fortschritte erzielt werden. Anlässlich des Besuchs des chinesischen Premiers in Bern wurde anfangs Jahr beschlossen, gemeinsam eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Damit hat China erstmals ernsthaftes Interesse bekundet, mit der Schweiz bilateral ein FHA abzuschliessen. Ein weiteres, starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen bot das Wirtschafts- und Handelsforum Schweiz – China vom 26. Februar 2009 in Zürich mit über hundert chinesischen Teilnehmern. Am 27. und 28. April 2009 hat in Peking ein Workshop mit Vertretern des Privatsektors stattgefunden. Im Fokus standen die Sektoren Chemie und Pharma, Maschinenbau, Uhren, Textilien, Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. *economiesuisse* hat eine kleine aber hochrangige Delegation gebildet, die mit Unternehmensvertretern vor Ort ergänzt wurde. Nun wird mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie begonnen, die rund ein halbes Jahr in Anspruch nehmen wird.

Vorbereitung für Verhandlungen laufen ebenfalls mit folgenden Staaten: Indonesien, Serbien, Albanien, Ukraine. Interesse an einem FHA haben Malaysia, Hong-Kong und Vietnam signalisiert.

4 Fazit

- Die Schweiz setzt ihre Aussenwirtschaftsstrategie konsequent um und ist sehr aktiv beim Verhandeln von bilateralen Abkommen. Für die Wirtschaft ist es zentral, die Anliegen möglichst früh einzubringen und auch während den Verhandlungen auf deren Bedeutung hinzuweisen. Konzessionen sind aber insbesondere bei grossen Partnern leider unvermeidbar. Dabei sollte angestrebt werden, zumindest ebenso gute Konditionen wie beispielsweise die EU zu erhalten.
- Ein Loch im FHA-Netz der Schweiz bilden die USA. Anfangs 2006 wurde die innenpolitische Konstellation falsch eingeschätzt, die Verhandlungen scheiterten bereits im Keim. Vor der Forderung auf politischer Ebene eines Relaunchs der Gespräche müssen innerhalb der Wirtschaft die Petita genau abgeklärt und insbesondere auch die kleineren und mittleren Unternehmen sensibilisiert und mobilisiert werden. Mit Brasilien bzw. dem Mercosur – der zweiten Lücke – besteht eine Zusammenarbeitserklärung, Verhandlungen über ein FHA dürften aber mittelfristig nicht realistisch sein.
- Generell stellt sich die Frage, wie sich die Schweiz als Handelspartner noch attraktiver machen kann. Neben der Sicherung der Standortattraktivität und eines möglichst ungehinderten Zugangs zum EU-Binnenmarkt ist die Umsetzung von Landwirtschaftsreformen das Schlüsselement. Die protektionistische Agrarpolitik stellt bei multilateralen und bilateralen Verhandlungen regelmässig ein Problem dar. Ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich mit der EU wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.